



Russland Gestern, Heute und Morgen

✘ Als der Westen und auch das von mir verehrte Abendland sich dazu hinreißen ließen Russland mit Wirtschaftssanktionen zu belegen, musste ich wirklich laut lachen. Nur ein paar Wochen später schrieben die Welt und die Zeit bereits von der angeblichen Revolutionsstimmung im Land und dem baldigen Ende der „putinschen Schreckensherrschaft“. Diese Prophezeiungen liegen mittlerweile schon bald ein Jahr zurück und die Popularitätswerte des durchaus sehr autoritär regierenden Putin sind noch einmal in die Höhe geschossen.

(Von Young German)

Man hätte das allerdings auch ahnen, ja prophetisch voraussehen müssen. Aber man hat nicht. Das ist vor allem für Deutschland und Frankreich enttäuschend, die genügend kulturelle Sensibilität für ihren großen östlichen Nachbarn haben sollten. Jeder der Russlands Geschichte kennt und seine Kultur und Mentalität nachempfinden und womöglich sogar verstehen kann, hätte sofort sagen können, dass die Wirtschaftssanktionen lediglich eine tiefe und ehrliche Verhärtung des russischen Volkes zur Folge haben würden. Statt wie erhofft die Menschen zu spalten und gegen Moskau aufzubringen, hat man sie noch enger zusammenwachsen lassen. Denn im gemeinsamen Leid blüht Russland erst so richtig auf. Und das mag zunächst absurd klingen, kann doch der gemeine

Europäer dem Leid oder dem Leiden an sich gar nichts mehr abgewinnen. Und selbst wenn man rein gar nichts von Russland gewusst hätte, so reicht doch ein Blick auf den Iran oder Kuba, die seit Jahrzehnten unter dem Druck ausländischer Mächte stehen und deren Regierungen daran nicht zerbrochen sind. Aber in der erzwungenen Isolation und der Repression bricht ein starker Geist nicht. Er wird nur noch unbeugsamer.

Ebenso verhält es sich mit dem Doppeladler Russlands. Die anfängliche und noch Teils auch bei mir vorhandene Verehrung des amerikanischen Traums und seiner hohen Ideale wird immer mehr et absurdum geführt, wenn man die Weltpolitik betrachtet. Aber auf die Politik werde ich am Ende noch einmal eingehen. Um zu verstehen wo Russland heute steht, muss man in seine Vergangenheit schauen. Dort findet man auch eine tiefere Erkenntnis über die Seele eines jeden Landes. Angesichts der dilettantischen kulturellen Ignoranz mit der man heutzutage glaubt den ganzen Erdball heilen und befrieden zu können, erscheint so ein Rückblick auf die Geschichte dringend nötig.

Russland – Auf dir liegt die Traurigkeit

Die Dimension Russlands wird von den meisten Menschen wohl verkannt. Obwohl sie doch so offensichtlich ist und sowohl Segen als auch Fluch der Russen geworden ist. Von der Ostsee aus erstreckt sich die Osteuropäische Tiefebene bis zum Ural. Nicht nur den napoleonischen Soldaten war die erschreckende Weite dieses fremden Landes zum Traum und Alptraum geworden. Denn so leicht verliert man sich in lieblicher und abenteuerlicher Schwärmerei, wenn man über dieses Reiterland blickt, dass schon von Skythen und Mongolen beherrscht wurde. Und gleichzeitig wird das flache Land mit seinen grünen Ebenen zur eisigen Todesfalle, wenn der der russische Winter einkehrt und alles Grün unter einem weißen Schneetuch begräbt. Es liegt eine gewisse Traurigkeit auf den winterlichen Zipfeln von Moskau und St. Petersburg und auf jenen kleinen Dörfern zwischen dem Baltikum und der Wolga. Keiner kann sich heute noch vorstellen, dass einst die Goldene Horde mordend und

plündernd über dieses östlichste Europa gezogen war. Überhaupt erscheint es auch vielen Menschen unserer Zeit surreal, dass hier Millionen Menschen in schrecklichen Wintern und Seuchen des Mittelalters elendig verreckten. Wie oft russische Städte schon niedergebrannt und wieder aufgebaut wurden, lässt sich kaum noch in Zahlen fassen. Und genauso wenig kann man die Toten der Gulags geistig zu fassen bekommen, die unter den unwürdigsten Bedingungen über den Ural hinaus dahinsiechten. Ja in Magadan blickt die Maske der Trauer versteinert auf das russische Land, dass einfach nicht zur Ruhe kommen will. Wer erinnert sich überhaupt noch an Iwan den Schrecklichen, der mit eiserner Hand Russland von den muslimischen Unterdrückern befreite? In Grozny tut man das wohl noch. Schließlich trägt die Stadt noch seinen Namen. Die Schreckliche. Man kann alt und grau werden und nur über die Geschichte dieses Landes referieren. Eigentlich reicht es für diesen Artikel jedoch sich die jüngeren letzten Zweihundert Jahre anzuschauen.

1812 marschierte Napoleon siegesgewiss in Russland ein. Vielleicht verkannte er dabei, dass das West- und Mitteleuropa das er gerade erobert hatte, nur einen winzigen Bruchteil der russischen Landmasse ausmachte. Überhaupt schien im warmen Korsika die Erfahrung eines echten Winters abhanden gekommen zu sein. Am Ende stand nur der lange Todesmarsch nach Hause. Tolstoi berichtet der Nachwelt heute noch von dieser dunklen Zeit.

Ganze Landstriche wurden unter dem Roten Terror nach 1918 im russischen Bürgerkrieg entvölkert. Ereignisse, die sich in ihrer Grausamkeit nur mit dem Dreißigjährigen Krieg vergleichen lassen können. Zumindest bis zur Apokalypse des Zweiten Weltkrieges. Der Hungertod, also die langsame Zersetzung des eigenen Körpers und leidige Sterben an Mangel gehörte auch in diesen Jahren so sehr zur russischen Identität, wie in den Tausend Jahren zuvor.

Dabei hatte Zar Peter einst sehr hoffnungsvoll nach Westen geschaut und dabei vor allem an Deutschland gedacht. Von St.

Petersburg aus modernisierte er das Land und brachte Russland zurück nach Europa. Es erscheint wie eine schreckliche Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet Russland und Deutschland, die nur kurz zuvor engste Verbündete gegen Napoleon gewesen waren, die grauenhaftesten Kriege der Menschheitsgeschichte miteinander führten. Nein, nein. Auch die Nazis hätten erkennen müssen, dass die Russen mit Gewalt nicht zu brechen sind. Umso stärker die Unterdrückung, umso grausamer der Terror und das Elend, desto härter und starrsinniger werden sie. Und daher ist es auch treffend und bezeichnend, dass die Kriegswende aus Stalingrad heraus geschah. Aus einer umzingelten Stadt, die eigentlich dem Sowjetimperium den Todesstoß versetzen sollte. Zumindest im erlittenem Leid und dem zugefügten Schmerz glichen sich Deutsche und Russen wieder einander an. Man kann nur hoffen, dass in unserer kollektiven Erinnerung an diese Schicksalsjahre der Wille zur Versöhnung immer stärker bleibt als die Rachsucht.

Wenn man den Sieg der Roten Armee als den Höhepunkt russischer Geschichte im 20. Jahrhundert betrachtet, dann muss die Konsequenz aus dieser Erkenntnis sein, dass alles andere danach nur noch ein langsamer Niedergang war. Tatsächlich wäre das zu vereinfacht dargestellt. Aber dennoch zieht sich eine gewisse Konstante durch die Geschichte der Russen. Ihre Vertrautheit mit dem Mangel und dem Nicht-haben. Trotz ihrer errungenen Dominanz über Osteuropa und den größten Teil Zentral- und Fernostasiens, hatte das Sowjetimperium am Ende eine noch kürzere Lebensdauer als all die russischen Großreiche davor.

Das Ende des Kalten Krieges markierte letztendlich auch den Niedergang der Supermacht mit Sitz in Moskau. Aber was im Westen und in Europa hauptsächlich und mit guten Gründen als Befreiung empfunden wurde, ist wohl eher schädlich für die russische Seele gewesen. Der plötzliche Umsturz von Sozialismus in Kapitalismus und liberaler Demokratie nach westlichen Standards, erwies sich als die katastrophalste

Periode der jüngeren russischen Geschichte. In Europa und Amerika scheint man heute zu verdrängen, dass die Jahre nach 1992 ein einziges Elend für die Russen waren. Statt erhofftem Aufschwung brachte die lang herbeigesehnte Öffnung nur das Chaos und die Anarchie und öffnete die Staatskassen weit für jene ominösen Oligarchen, die den Volksbesitz zum Schleuderpreis ins Ausland verhökerten und das ganze Land und den Stolz der Rus als Ramsch quasi verschenkten. Es ist eine himmelschreiende Heuchelei etwaige Oligarchen und Ganoven heute in der aktuellen politischen Betrachtung als vermeintliche Oppositionshelden oder gar Märtyrer für die Menschenrechte zu porträtieren. Diese Männer sind wohl einzig und allein die Märtyrer des Geldes. Und zusätzlich zu den Wirren dieser Jahre, begann das einst weltumspannende Russland an seinen Grenzen zu bröckeln. Was man im Ausland mit gewisser Häme betrachtete, war im Grunde der Zerfall des Landes in seiner ökonomischen und politischen Form.

2000 und die Zukunft

Gewiss will ich einen bestimmten Mann im folgenden und durch die Schilderung dieser finsternen Ereignisse im Vorfeld der Jahrtausendwende nicht in den Himmel loben oder seine Makel schönreden. Sicherlich besitzt er wie jeder Mensch einige davon. Nur sollte man den Kontext bei aller Beurteilung nicht aus den Augen verlieren. Vladimir Putin brachte Stabilität und einen tatsächlichen und wirklich spürbaren Wohlstand für die breite Mehrheit der Bevölkerung. Weder Zar, noch kommunistische Partei, noch etwaige betrunkene Präsidenten haben derlei verbringen können. Noch nie ging es den Russen rein ökonomisch so gut wie heute. Und das trotz Sanktionen. Im Kommunismus und unter dem Zaren waren sie alle gleich. Nämlich gleich arm (bis auf die Führung, die ist natürlich immer reich). Allerdings hat Russland von Putins Regierung noch etwas besseres als Geld und Wohlstand bekommen:

Seine Würde – Es erhielt seine Würde und ursprüngliche Identität zurück. Nach 10 Jahren Verfall erhebt der russische

Doppeladler wieder sein Haupt. Für Manche ist dies ein Ärgernis.

Und wenn ein Staatsmann kein Heiliger ist und sein kann, dann muss ein ehrlicher Mensch der realistisch denkt einsehen, dass ein Staatsmann es niemals allen Recht machen kann. In der Tat muss er in treuer staatsmännischer Tradition oft schlechte Dinge tun um anderorts Gutes zu vollbringen. Derlei Wahrheiten sind im übrigen auch der deutschen Bundesregierung bewusst, wenn sie Finanzdisziplin im Haus Europas fordert.

In Europa ruft man derweil nach mehr Demokratie, mehr Menschenrechten und allem was dazu gehört. Aber ich gebe hier zu bedenken, dass Niemand in Brüssel und Washington den Versuch unternehmen sollte den Russen etwas aufzuzwingen. Denn genau das Gegenteil der erhofften Wirkung könnte eintreten. Wie man im Weißen Haus und Brüssel überhaupt nur hoffen kann, dass die Sanktionen den russischen Staat dauerhaft schwächen können, ist mir absolut schleierhaft. Ein Volk das Jahrtausende des Kampfes und des Leidens durchlebt hat, wird den Gürtel einfach etwas enger schnallen. Im Westen, wo Übergewicht zur Volkskrankheit geworden ist, ist man wohl nicht mehr in der Lage sich Völker vorzustellen die das Ertragen von Mangel zu ihrer Stärke gemacht haben. Überhaupt könnte sich die Sanktionspolitik des Westen am Ende sogar positiv für die russische Wirtschaft auswirken. Die bisher eher auf Rohstoffexport ausgerichtete Wirtschaft des Landes könnte nun endlich den Anstoß bekommen sich nachhaltig zu diversifizieren und in einigen Jahren gestärkt aus der Krise hervor zu gehen.

Sollte dies der Fall werden, erinnert das wohl sehr an das Dilemma des Teufels aus Goethes Drama Faust. Denn der Teufel war schließlich dort nach eigener Aussage „ein Teil von jener Kraft die stets das Böse will und DOCH das gute schafft!“ Man erinnere sich hierbei nur an das Waffenembargo des Westens über den Iran. Nur zwanzig Jahre später produziert der Iran seine eigenen Waffen. Und heute ist die iranische

Waffenindustrie autark und in der Lage das riesige iranische Militär beinahe ohne Hilfe von Außen zu versorgen. In einigen Jahren könnte man die Sanktionen in Washington sehr bereuen.

Außerdem sollte Europa seine eigenen inneren Probleme betrachten und den wachsamem Blick nicht ausschließlich nach Osten richten. Wer wirklich glaubt, dass von Russland die Bedrohung für Europa ausgeht, ignoriert wohl die brennenden Küsten Nordafrikas und die Feuer eines islamistischen Flächenbrandes, der sich über das Erdöl tragende Mittelmeer bis nach Südeuropa ausbreitet. Auch die größten Probleme Russlands spielen sich eher an seinen instabilen Grenzen in Zentral- und Fernostasien ab.

Tatsächlich wage ich jetzt zu behaupten, dass es Russland nicht um eine Ausbreitung von Herrschaft über Länder der EU geht, sondern lediglich um die Anerkennung einer wiedererlangten Stärke und Selbstachtung, die im Gegenzug Achtung von allen Anderen fordert. Und der Respekt vor dem Anderen bedeutet nicht die Unterwerfung, sondern die Anerkennung der eigenen und der fremden Grenzen. Wenn die NATO, deren Kurs nach dem Ende des Kalten Krieges fragwürdig geworden ist, sich in Europa und Zentralasien meint an Russland heranschleichen zu können, dann kann es nicht verwundern, wenn dies von Moskau als tiefe Verletzung empfunden wird. Und solche Verletzungen bleiben letztendlich nicht unbeantwortet, wie man in jüngster Zeit beobachten kann.

Wenn es um die Zukunft geht, kann ich selbst keine Prophezeiungen machen. Ein Mensch alleine mag nur hoffen. Und man sollte darauf hoffen, dass Europa und NATO sich auf ihren ursprünglichen Kern zurückbesinnen und Vernunft einkehren lassen. Ein endlose Expansion nach Osten hatte auch schon einst Alexander dem Großen kein Glück gebracht.

Was Russland selbst betrifft bin ich hoffnungsvoll, dass Moskau nicht den selben Fehler wie die NATO begeht, der da wäre: sich über die Grenzen des gesunden Appetits hinweg

auszubreiten.

(Das Original erschien im [Blog Young German](#))



Nato-General warnt vor „IS-Flüchtlingen“ – deutsche Lügenpresse vor unserem Lebensstil



Vor lauter

verordnetem Humanitarismus konnte es einem in der vergangenen Woche schwindelig werden. Eine umfangreiche politische und mediale Gemengelage zur „Flüchtlingskatastrophe“ im Mittelmeer mündete politisch korrekt zumeist in der Aufforderung, sich der Rettung der „Flüchtlinge“ zu widmen und vor allen Dingen

die Schuldfrage der Abendländer zu klären. Doch, doch, mögliche Ursachen wurden auch angesprochen, etwa Fehlentscheidungen der Politiker, der Nato und falsche Kriege und sogar afrikanische Despoten, „Islamisten“ und kriminelle Banden wurden erwähnt. Letztendlich hatten aber doch die Urdeutschen und Europäer Schuld auf sich geladen.

(Von Alster)

Die Süddeutsche Zeitung hat sogar geprantelt, dass wir (die Flüchtlinge) nicht töten sollen, aber keiner hat das so schön und vielfältig verbrämt auf den Punkt gebracht wie Matthias Iken, stellvertretender Chefredakteur des Hamburger MigrantensAbendblattes im Artikel [„Wir Empörten! Wir Scheinheiligen!“](#):

[...] Doch auf der Anklagebank sitzen nicht immer die anderen, sondern auch wir. Es ist eben auch unser Lebensstil, der eine Fluchtursache schafft..

Auffallend laut wurde die Frage, wer denn da nach Europa „flüchtet“ tabuisiert.

Fassen wir noch mal Fakten zusammen:

Während der EU-Sondergipfel zur Flüchtlingskatastrophe tagte, versuchte die UN [Druck auf die EU dahingehend](#) auszuüben, mehr Migranten aufzunehmen. Es ist halt leichter, die EU als die arabischen Staaten zu nötigen.

Da die EU-Politiker nur humanitaristisch beseelt sind, werden sie die veralteten, rückwärtsgewandten EU-Konventionen einhalten. Die EU-Sondergipfler werden denn auch brav diese UN, die hauptsächlich aus islamischen und anderen Diktaturstaaten besteht, um Erlaubnis bitten, auf Schmuggler-Speed-Boote schießen zu dürfen, wenn die ihre geleerten Kähne zurückholen wollen...oder wie? Australien jedenfalls hat niemanden um Erlaubnis gefragt, das Land und die Einwohner

verteidigen zu dürfen.

Ein weiteres Ergebnis des Realitätsverdrängung-Gipfels war, dass man die Migranten besser verteilen, sprich über alle EU-Länder verstreuen wollte. Unsere Kanzlerin Merkel sagte, die Rettung von Menschenleben sei das wichtigste Ziel der EU-Flüchtlingspolitik. „Wir haben in diesem Bereich noch sehr sehr viel zu tun. Es geht hier um die Akzeptanz der Europäischen Union, ihrer Werte.“ Diese Äußerung wirft viele Fragen auf: Da für sie der Islam zu Deutschland gehört, meint sie den Bereich der Moslem- Invasoren? Sollen wir so viele Migranten aus islamischen Ländern aufnehmen wie nur möglich? Welche Werte hat diese EU?

Wir müssen konstatieren, dass unsere EU-Elite nicht willens oder in der Lage ist, unsere Länder und Grenzen in Europa zu schützen. Jeder normal Begabte konnte ausmachen, dass auf den „Flüchtlingsbooten“ fast nur junge schwarze Männer waren.

Sogar der Nato-Chef Jamie Shea (Deputy Assistant Secretary General for Emerging Security Challenges) warnt: „IS nutzt die Flüchtlingswelle, um Europa mit weiteren Terroristen zu infiltrieren. Nicht alle Passagiere auf den Booten der Menschenhändler sind unschuldige Familien. IS-Terroristen verstecken Dschihadisten unter den Migranten, die versuchen, nach Europa zu kommen“, [sagte der Nato-Chef](#).

Uns reicht ja schon der Migranten-Ansturm. Wie es Tatjana Festerling den tapferen Pegida-Spaziergängern an diesem [Regen bringt Segen-Montag in Dresden](#) mitteilte, nach Informationen der Berliner Zeitung kapituliert die [Ausländerbehörde in Berlin](#) vor dem Asyl-Ansturm. Wegen der Überlastung der Mitarbeiter wird nicht mehr geprüft, ob sich unter den Asylbewerbern Straftäter oder militante Dschihadisten befinden und durch das hohe Arbeitsaufkommen wird auf die vorgeschriebene Anfrage an die Sicherheitsbehörden verzichtet, bevor ein Bewerber die Erlaubnis zur Niederlassung erhalte. So findet keinerlei Prüfung statt, ob das Kriminelle oder

Terroristen sind, die dann die Duldung erhalten.

Wir wissen ja, der islamische Frieden tritt erst ein, wenn die ganze Welt islamisch ist, und viele, viele Ummah-Mitglieder blicken sehnsüchtig auf das Mittelmeer zur Reise nach Europa. Die Parole der Identitären auf dem Pegida-Spaziergang macht Mut: Europa – Jugend – Reconquista.

Türken ziehen mit „Allahu Akbar“ durch Wien

✘ In absolut seltener Einigkeit rangen sich alle sechs österreichischen Nationalratsfraktionen zu einer [gemeinsamen offiziellen Erklärung](#) durch, die das vor 100 Jahren begangene Massaker der Osmanen an den Armeniern als Genozid verurteilt. Dem voran ging ein eindringlicher Appell des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRKÖ) an Bundespräsident Fischer und die Bundesregierung, die Republik Österreich solle den Völkermord am armenischen Volk endlich anerkennen. Die Türkei reagierte empört auf die Erklärung. Das Außenministerium in Ankara sprach von einer „[dauerhaften Beschädigung](#)“ der [Beziehung](#) beider Länder und beorderte den türkischen Botschafter aus Wien zurück.

Die ohnehin gern aggressiv reagierende Türkengemeinde zog daraufhin mit etwa 5000 Personen, den „Enkeln der Osmanen“, darunter Mitglieder verschiedener AKP-naher Plattformen, unter Allahu Akbar-Geplärr durch die Straßen. Den Botschafter hätten die Türken gerne in Wien belassen können – besser für alle wäre es, sie holten ihre aggressiven Landsleute zurück ins islamische Türkenreich.

Dr. Alfons Proebstl 66: Kleptokraten

Das Schöne an Köln soll ja Düsseldorf sein. Deshalb bin ich hingefahren zur Konferenz von „Eigentümlich Frei“ und hab wieder mal einen Vortrag gehalten. Schauen´s amal!

» [Facebook](#)-Seite / [Youtube](#)-Kanal / Email: kontakt@dr-proebstl.at



**Verfassungsgericht erlaubt
„Fck Cps“**



Unser linkes

Bundesverfassungsgericht fällt immer mehr krumme Urteile. Eine blöde Kuh aus Niedersachsen erhielt eine Anzeige wegen Beleidigung: Sie hatte mal ein T-Shirt, mal einen Anstecker mit der Aufschrift „Fck Cps“ getragen. Polizisten fühlten sich verunglimpft und erhielten Recht. Das Bundesverfassungsgericht hob das Urteil jetzt auf. Dies habe unzulässig in die Freiheit der Meinungsäußerung der Frau eingegriffen. *(Man muß sich bei solchen Richtersprüchen nicht wundern, wenn unsere Polizei immer mehr zum Freiwild für Linke und Ausländer wird!)*



„Islamfeindlichkeit“ der
FREIHEIT erneuert im

Bayerischen Verfassungsschutzbericht



DIE FREIHEIT hatte am 17. Oktober vergangenen Jahres erfolgreich vor dem Bayerischen Verwaltungsgericht geklagt, dass sie nicht als „verfassungsfeindlich“ bezeichnet werden darf. Alle entsprechenden Passagen wurden anschließend aus dem Verfassungsschutzbericht 2013 gestrichen. Das Urteil ist aber noch nicht rechtskräftig, da die Landesadvokatur Bayern Beschwerde eingelegt hat. Gestern hat der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann (*Foto links*) den neuen Bericht 2014 vorgestellt, und darin ist die sogenannte „verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit“ erneut auf acht Seiten dargestellt. Zum einen der „Personenkreis um Michael Stürzenberger“ mit der PI-Gruppe München, und zum zweiten „DIE FREIHEIT Bayern“.

Gleich zu Beginn der Vorstellung beschrieb Herrmann die Gefährdung unserer Sicherheit durch den „islamistischen Extremismus“, der in der offiziellen Polit-Sprachvorgabe nichts mit dem Islam zu tun hat:

Bei der Darstellung des „Rechtsextremismus“ wurde die Nürnberger Gruppierung „NÜGIDA“ erwähnt, die von NPD-Personen unterwandert sei. Nach ihrem ersten Spaziergang hatte PEGIDA

Deutschland, als die organisatorische Beteiligung von NPD-Funktionären klar geworden war, die Lizenzierung entzogen.

Seitdem wird in der Frankenmetropole unter Gernot Tegetmeyer „PEGIDA Nürnberg“ ohne extremistische Einflüsse bürgerlich geführt. Der Präsident des Bayerischen Verfassungsschutzes, Burkhard Körner, beschrieb die Versuche rechtsextremer Kräfte, in Bayern an PEGIDA-Gruppen anzudocken:

Klare und tabulose Islamkritik ist in Deutschland bekanntermaßen politisch unerwünscht. Durch die Aktivitäten der FREIHEIT in Bayern wurde für sie eine neue Rubrik eingeführt: Die „verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit“. Ihr werden im aktuellen Bericht acht Seiten gewidmet:

Islamfeindliche Agitation ist nicht auf den Bereich des Rechtsextremismus beschränkt. Auch jenseits der rechtsextremistischen, vornehmlich auf Rassismus begründeten Islamfeindlichkeit gibt es Gruppierungen und Einzelpersonen, die Muslimen die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit nicht zugestehen wollen. Sie setzen den Islam als Weltreligion gleich mit Islamismus und islamistischem Terrorismus und stellen die Religion des Islam als faschistische Ideologie dar, von der eine erhebliche Gefahr für unsere Gesellschaft ausgehe. Bei der verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit fehlen die für Rechtsextremismus typischen Ideologieelemente wie autoritäres Staatsverständnis, Antisemitismus, Rassismus oder die Ideologie der Volksgemeinschaft.

Extremistische Bestrebungen im Zusammenhang mit islamfeindlichen Äußerungen richten sich gegen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte (Art. 1 GG), das Diskriminierungsverbot (Art. 3 GG) und die Religionsfreiheit (Art. 4 GG). Als extremistisch sind bestimmte ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen zu beurteilen, die die Geltung der genannten Prinzipien für Muslime und den Islam und seine Glaubensgemeinschaften außer Kraft setzen bzw. beseitigen wollen.

Kritik, die im Rahmen einer geistig-politischen Auseinandersetzung auf Gefahren eines politischen Islam für unsere Grundwerte hinweist, unterliegt demgegenüber nicht dem Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes.

Beim Verfassungsschutz fehlt offensichtlich die Erkenntnis, dass die Religionsfreiheit wie alle anderen Grundrechte auch den allgemeinen Gesetzen unterliegt. Sobald religiöse Bestimmungen beispielsweise das Strafrecht berühren, ist es vorbei mit einer wie auch immer gearteten Vorstellung von „Religionsfreiheit“. Solange der Islam Gewalt, Töten, Kampf, barbarische Körperstrafen, totalitäre Herrschaft und Frauenunterdrückung fordert, dürfte er unter normalen Umständen nicht die Rechte in Anspruch nehmen, die das Grundgesetz für eine Religionsgemeinschaft vorsieht.

1. Personenkreis um Michael Stürzenberger

Michael Stürzenberger ist derzeit die zentrale Figur der verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Szene in Bayern. Um ihn herum hat sich ein Kreis von rund 10 Personen gebildet, die ihn bei seinen Aktivitäten unterstützen. Der Personenkreis um Stürzenberger konstituiert sich vorrangig aus Mitgliedern der Politically Incorrect Gruppe München (PI-München) und des bayerischen Landesverbands der Partei DIE FREIHEIT (DIE FREIHEIT Bayern). Stürzenberger steht beiden Gruppierungen als Leiter (PI-München) und Vorsitzender (DIE FREIHEIT Bayern) vor. Im Jahr 2010 vereinbarten die PI-München und der Landesverband Bayern der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE Bayern) eine „strategische Allianz“, die auch in gemeinsamen Veranstaltungen öffentlich wahrnehmbar war. Seit Oktober 2013 trat die BPE Bayern nicht mehr öffentlich in Erscheinung. Stürzenberger gab im Januar sein Amt als Vorsitzender der BPE Bayern auf. Es liegen zahlreiche tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass Stürzenberger und der Personenkreis um ihn verfassungsschutzrelevante islamfeindliche Bestrebungen verfolgen.

Zwar gibt Stürzenberger in verschiedenen Verlautbarungen immer wieder an, lediglich sachlich über die angebliche Verfassungsfeindlichkeit des Islam und die von ihm angeblich ausgehenden Gefahren für die Demokratie aufzuklären, worin weder eine generelle Verunglimpfung der Religion oder von Muslimen liege. Aus der Gesamtschau der Vielzahl an Äußerungen aber, in denen den Muslimen unterstellt wird, islamistische oder gar terroristische Verhaltensweisen seien nicht der Ausnahme-, sondern der alltägliche Normalzustand, lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass die Äußerungen darauf abzielen, Muslime auszugrenzen und verächtlich zu machen.

Als propagandistische Plattform nutzt Stürzenberger insbesondere den Internet-Weblog Politically Incorrect (PI-News), für den er als Autor tätig ist. Der Weblog, der im November 2004 online ging, ist mit PI-München nicht institutionell verbunden. Die auf PI-News veröffentlichten Beiträge befassen sich überwiegend mit dem Thema einer angeblichen Islamisierung Europas. Der Weblog selbst ist kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes.

Die Nähe zum Faschismus sei „konstruiert“, obwohl der Islam-Experte und Politologe Hamed Abdel-Samad exakt die gleiche Bewertung vornimmt.

Stürzenberger versucht darüber hinaus, Schnittmengen zu anderen Bewegungen zu nutzen. Anlässlich der Demonstration der „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) am 15. November in Hannover hielt Stürzenberger vor den etwa 3.000 Versammlungsteilnehmern, unter denen viele Rechtsextremisten waren, eine fast zwanzigminütige Rede. Dabei differenzierte er nicht zwischen Islamisten und Muslimen, peitschte die Demonstrationsteilnehmer auf, welche mit Sprechchören wie

„Maximaler Widerstand!“

oder

„Wir wollen keine Salafistenschweine!“

antworteten.

2. Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie DIE FREIHEIT, Landesverband Bayern (DIE FREIHEIT Bayern)

Mitglieder	110
Vorsitzender	Michael Stürzenberger
Gründung	2011
Sitz	München

DIE FREIHEIT BAYERN

Dem Verfassungsschutz liegen zahlreiche tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass DIE FREIHEIT Bayern verfassungsschutzrelevante islamfeindliche Bestrebungen verfolgt. Das Bayerische Verwaltungsgericht München hat in einem Urteil vom 16. Oktober 2014 insoweit eine Verdachtsberichterstattung für zulässig erachtet, aber noch keine „über das Verdachtsstadium hinausgehende Gewissheit“ angenommen. Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig.

Rechtsstreit
noch offen

Die Strategie des Innenministeriums, um die tickende Zeitbombe Islam in Schach zu halten, ist klar: Man unterscheidet zwischen dem Islam als „Religion“ und dem Kunstbegriff des „Islamismus“, dem man die üblen Eigenschaften der „politischen Ideologie“ unterschiebt.

und eine kodifizierte Anleitung zum Töten von Nichtmuslimen..... Das Töten von Andersdenkenden als oberste religiöse Pflicht ist in keiner anderen Religion zu finden..... Diese Befehle, die als direkte Anweisungen der islamischen Gottheit „Allah“ gelten, dürfen nach den bisherigen islamischen Grundsätzen weder angezweifelt noch verändert werden und sind zeitlos gültig..... Jede Organisation, deren Ziel die Verbreitung des Islam ist, stellt somit eine akute Gefahr für unsere Freiheit dar. So wird die im Anschreiben benannte Organisation hiermit aufgefordert, umgehend in schriftlicher Form auf die nachstehend aufgeführten Koranverse als Bestandteil der islamischen Glaubensgrundsätze dauerhaft zu verzichten. Bei einer Ablehnung dieser Forderungen ist davon auszugehen, dass aktiv verfassungsfeindliche Ziele verfolgt werden.“

Im Programm der FREIHEIT Bayern zur Kommunalwahl 2014 in München wurde diese Streichung der „verfassungsfeindlichen Bestandteile des Islams“ als Voraussetzung für den Bau von Moscheen und Koranschulen formuliert.

Kommunalwahlprogramm

„DIE FREIHEIT sieht die Ursache für die Probleme mit der Integration vieler Moslems, wie sie überall in Europa durch die Bildung von abgeschotteten Parallelgesellschaften erkennbar werden, in den verfassungsfeindlichen Bestandteilen des Islams. Solange diese Elemente nicht verbindlich und für alle Zeiten aus der islamischen Weltanschauung gestrichen sind, ist ein sofortiger Baustopp von Moscheen und Koranschulen zu erwirken, insbesondere des von einem terrorunterstützenden arabischen Staat finanzierten und von einem verfassungsschutzbekannten Imam geplanten Islamzentrums in München.“

Das von der FREIHEIT Bayern angestrebte „Bürgerbegehren gegen das Zentrum für Islam in Europa – München (ZIE-M)“, für das zwischen Oktober 2011 und September 2014 Unterschriften in München gesammelt wurden, diente sowohl im Internet als auch bei Veranstaltungen der FREIHEIT Bayern als Plattform für islamfeindliche Propaganda, die sich primär gegen die Religionsfreiheit richtet. So wird z. B. in einem von der FREIHEIT Bayern zur Kundgebung am 6. Juli 2013 veröffentlichten Artikel gefordert:

„Letzten Endes wird nur die Wahl bleiben: Unterschreiben der Verzichtserklärung auf alle verfassungsfeindlichen Bestandteile von Koran und Sunna, oder Verbot wegen Verfassungsfeindlichkeit.“

Die Klage der FREIHEIT gegen das juristische Abwürgen des eigentlich fälligen Bürgerentscheides gegen das Islamzentrum in München wird auch thematisiert:

FREIHEIT Bayern auf der Liste der Republikaner und in München ein Mitglied der Republikaner auf der Liste der FREIHEIT Bayern.

DIE FREIHEIT Bayern erreichte in München 0,6 % der Stimmen und ist damit nicht im Stadtrat vertreten. Bei der Wahl zum Münchner Oberbürgermeister erhielt der Vorsitzende der FREIHEIT Bayern, Michael Stürzenberger, 0,5 % der Stimmen.

Stürzenberger befragte gestern Mittag den Bayerischen Innenminister, warum die Fakten zum Islam überhaupt nicht zur Bewertung der scheinbaren „Verfassungsfeindlichkeit“ der FREIHEIT herangezogen werden:

Der heiße Tanz rund um das Thema Islam geht weiter. Innenministerium und Verfassungsschutz dürften so schnell nicht aufhören, die tabulose Islamkritik mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen..